



NEWSLETTER NOVEMBER 2010

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

„Viel Feind, viel Ehr“ heißt ein Sprichwort, das einem bei der Debatte über den Bundeshalt 2011 im Bundestag unweigerlich in den Sinn kommen musste: Kein Redebetrag der Regierungskoalition, in dessen Zentrum nicht die Abarbeitung an den Grünen stand. Offensichtlich trifft der Nerv unserer Politik und – glaubt man den Umfragen - die große Zustimmung dafür in der Bevölkerung die schwarz-gelben ins Mark.

„Dagegen-Partei“ ist das Etikett, das Schwarz-Gelb uns anzuhängen versucht. Aber diese Plattitüde verfängt nicht, denn wir artikulieren das Unverständnis und die Kritik einer Mehrheit der Gesellschaft an falschen Richtungsentscheidungen (Laufzeitverlängerungen für AKW, die den Ausbau der Erneuerbaren verhindern, unverantwortliche Geldverschwendung für fragwürdige Prestigeprojekte wie S 21, Kohlekraftwerke, die die Ziele des Klimaschutzes unterlaufen, Sozialkürzungen bei gleichzeitiger Schonung der Besserverdienenden usw.).

Wir treten ein für klare Alternativen zur Politik der Bundesregierung. Beispiel Energie: Mit unserem Konzept „Energie 2050 – Sicher Erneuerbar“, das in der Grünen Bundestagsfraktion unter meiner Federführung erarbeitet und auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Freiburg beschlossen worden ist, zeigen wir konkret wie unsere Vorstellung einer nachhaltigen und klimafreundlichen Energiepolitik aussehen. Auch dabei unvermeidbare Konflikte, wie z. B. den Ausbau des Stromnetzes, versuchen wir im Dialog mit den Betroffenen zu lösen, z. B. durch Erdkabel, statt wie Schwarz-Gelb die Menschen erst nicht ernst zu nehmen und dann zu beschimpfen. Gerade beim Thema Netzausbau ist das Verhalten der Regierung besonders skurril, weil die Proteste vor Ort zumeist auch von CDU Kommunalpolitikern unterstützt werden. Da mutet es schon merkwürdig an, wenn die Bundeskanzlerin den Grünen vorwirft, sie würden den Ausbau der Netze verhindern.

Diese und weitere Themen sind Teil des Newsletters November. Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

Oliver Krischer

Themen dieser Ausgabe

1. **Haushaltswoche im Bundestag**
2. **Energieunternehmen stecken Claims zur Förderung von unkonventionellem Erdgas ab**
3. **Zeitpunkt der Verabschiedung des CCS-Gesetz weiter fraglich**
4. **Endgültiges Aus der Steinkohlesubventionen voraussichtlich 2018**
5. **Bundesregierung will keine hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung**
6. **8. Kommunen sollen selbst über die Zukunft ihre Netze entscheiden können**
7. **Viele Optionen zur Weiterentwicklung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes**
8. **BEE-Kurzstudie: Erneuerbare Energie leisten erheblichen Beitrag zur CO₂-Minderung**
9. **Atomtransporte von Ahaus in das russische Majak**
10. **Anti-Atom-Demo in Gorleben**
11. **Dena II - Netzstudie**
12. **BDK-Energiedebatte: Den Erneuerbaren gehört die Zukunft**
13. **„MultiKulti“ Wahlkreisfahrt nach Berlin**

1.) Haushaltswoche im Bundestag

In der Haushaltswoche des Bundestags setzten wir uns mit unseren Anträgen für eine nachhaltige, gerechte und zukunftsorientierte Finanzpolitik ein. Grüne Haushaltssanierung baut auf einem Mix aus gerechter Einnahmeverbesserung und gezielter Ausgabenkürzung sowie Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die Bundesregierung dagegen geht mit ihrer Nettokreditaufnahme für 2011 von 48,4 Milliarden Euro den falschen Weg. Besserverdiener und großen Energiekonzerne werden mit Milliarden beschenkt, Gering- und Normalverdiener hingegen stärker belastet.

Im Energiebereich haben wir mit unserem Antrag „Das Klima schützen – Ökologischen Umbau vorantreiben – ohne Atomstrom und Sondervermögen“ Möglichkeiten zum Wandel aufgezeigt und gefordert, 7 Mrd. Euro an umwelt- und klimaschädlichen Subventionen in den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu investieren. Dazu zählen beispielweise Maßnahmen im Bereich des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und Gebäudesanierung. Der komplette Grüne Bundeshaushalt 2011 findet sich **HIER**.

Die Bundesregierung und vor allem Umweltminister Röttgen hatten im Rahmen der Debatte um Laufzeitverlängerungen immer wieder betont, Einnahmen aus der Brennelementesteuer und dem sog „Energiefonds“ für Investitionen in Energieeffizienz und den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu verwenden. Doch in der Realität kürzt die Bundesregierung die Mittel für Erneuerbare Energien, Gebäudesanierung und Energieeffizienz. Hier fallen Anspruch und Wirklichkeit im schwarz-gelben Bundeshaushalt völlig auseinander.

2.) Energieunternehmen stecken Claims zur Förderung von unkonventionellem Erdgas ab

In NRW haben insgesamt elf Unternehmen 19 Claims für Probebohrungen zur Suchen nach unkonventionellem Erdgas abgesteckt, die etwa die Hälfte der Landesfläche bedecken. Die Unternehmen haben schon vor längerer Zeit, völlig unbemerkt von Landespolitik und Öffentlichkeit, damit die Genehmigung erhalten, in diesen Gebieten nach unkonventionellem Erdgas zu suchen. Allein

der Konzern ExxonMobil plant nach eigenen Angaben in NRW ca. 15 Aufsuchungsbohrungen.

Aus den USA gibt es viele Berichte über negative Umweltauswirkungen bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas, z.B. über Verunreinigungen des Grundwassers. Dies wirft auch hierzulande Fragen auf. Die Bundesregierung hat bisher unsere Anfragen zu dem Thema nur unzureichend beantwortet, oder auf die Zuständigkeit der Länder verwiesen. Nach unserer Auffassung hat die Bevölkerung aber ein Recht darauf, frühzeitig und umfassend über die Tätigkeiten der Energieunternehmen und damit in Zusammenhang stehenden Risiken informiert und bei der Genehmigung beteiligt zu werden. Auch aufgrund neuer Erkenntnisse haben wir erneut eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, welche **HIER** abgerufen werden kann.

Das Presseecho zu diesem Thema in den vergangenen Wochen finden Sie **HIER**.

3.) Zeitpunkt der Verabschiedung des CCS-Gesetz weiter fraglich

Bereits mehrfach wurde im Bundeskabinett die Befassung des Gesetzes zur Abscheidung, Transport und Verpressung von CO₂ in den Untergrund („CCS-Gesetz“) in den letzten Monaten verschoben. Ursache dafür ist der Widerstand aus Bundesländern wie Schleswig Holstein und Niedersachsen. Sie fordern eine sogenannte Länderklausel. Diese würde es ermöglichen, dass einzelne Länder die Verpressung von CO₂ auf ihrem Gebiet komplett ausschließen können. Diese Frage wird zentral dafür sein, ob der Bundesrat dem CCS-Gesetz von Schwarz-Gelb am Ende zustimmt oder nicht.

Doch juristisch ist die Länderklausel höchst umstritten. Ein von mir in Auftrag gegebenes Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags kommt zu dem Ergebnis, dass der aktuelle Referentenentwurf des CCS-Gesetzes eine solche Ausschlussmöglichkeit der Länder nicht hergibt. Dennoch betont Bundesumweltminister Röttgen in Interviews immer wieder, dass den Bundesländern eine solche Möglichkeit gegeben werden kann. Seine Versprechungen werden nun jedoch schon vom eigenen Haus zurückgenommen. Seine eigene Staatssekretärin wiederruft seine Aussagen im letzten **Umweltausschuss** und stellt klar, dass ein Maß an Bundeseinheitlichkeit gegeben sein muss. Auch die Signale aus dem am Gesetzgebungsprozess beteiligten Wirtschaftsministerium sprechen sich klar gegen Röttgens Versprechungen aus.

Wie schon beim Atom-Deal droht der Umweltminister auch beim CCS-Gesetz – dem zweiten großen energiepolitischen "Projekt" der Bundesregierung – der Verlierer zu werden. Bereits in der Regierungserklärung im Herbst 2009 erklärte Bundeskanzlerin Merkel das CCS-Gesetz als eine ihrer Prioritäten. Nach über einem Jahr ist das Gesetz noch immer nicht verabschiedet. Ob das Gesetz noch in diesem Jahr durch das Bundeskabinett geht, ist mehr und mehr fraglich.

4.) Endgültiges Aus der Steinkohlesubventionen voraussichtlich 2018

Am 17. November beschloss die Bundesregierung im Kabinett die Streichung der sog „Revisionsklausel“, die 2007 im Steinkohlefinanzierungs-Gesetz für 2012 festgeschrieben wurde. Die Streichung der Revisionsklausel ist ein Weg in die richtige Richtung. Damit wird der EU signalisiert, dass Deutschland es ernst meint mit einem definitiven Ende des Steinkohlebergbaus 2018 und dass Forderungen von SPD und LINKEN nach einem steuerfinanzierten, dauerhaften „nationalen Steinkohlesockel“ über keine politische Mehrheit in Deutschland verfügen.

Wir fordern nun eine schnelle Gesetzesinitiative, die Revisionsklausel aus dem Steinkohlehilfegesetz zu streichen. Nur so gibt es Planungssicherheit für alle Beteiligten und eine Vermeidung von zusätzlichen Bergschäden, Altlasten und Ewigkeitskosten. Einen entsprechenden **Antrag** hat die Grüne Bundestagsfraktion schon vor Monaten in den Bundestag eingebracht.

Das EU-Parlament hat sich am 23. November für ein Ende der Steinkohlesubventionen 2018 ausgesprochen. Die endgültige Entscheidung trifft am 10. Dezember der Ministerrat bzw. die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen am 16. und 17. Dezember 2010.

5.) Bundesregierung will keine hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung

Das erste Jahr von CDU/CSU und FDP war ein Jahr der Entscheidungen gegen den Klimaschutz, gegen Ressourcenschonung und gegen die Stadtwerke, zugunsten der vier Oligopolisten RWE, E.On, EnBw und Vattenfall. Besonders hat es die Bundesregierung dabei offenbar auf die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) abgesehen. Das Impulsprogramm zur Förderung von Mini-KWK-Anlagen wurde gestrichen und das 25 Prozent-Ziel taucht in den Strategiepapieren der Bundesregierung nirgendwo mehr auf. Auch nach mehreren Anfragen an die Bundesregierung bleibt sie uns die Antwort schuldig, wie es für die KWK weitergehen soll. Wir haben die Bilanz von einem Jahr Schwarz-Gelb beim Thema KWK in einem Hintergrundpapier zusammengefasst, welches **HIER** zum Download bereitsteht.

6.) Kommunen sollen selbst über die Zukunft ihre Netze entscheiden können

Bereits Anfang Oktober hat die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, welcher durch eine Änderung am Energiewirtschaftsgesetz Kommunen in die Lage versetzen soll, bei Auslaufen eines Konzessionsvertrages ihre Strom- und Gasnetze wieder selbst zu betreiben. Durch wenige Änderungen an dem Paragraphen 46 Abs. 2 ließe sich deutlich mehr Rechtssicherheit für Kommunen schaffen. Weitere Informationen zu dem Gesetzentwurf und dem Debattenverlauf finden Sie **HIER**.

Nun haben offensichtlich auch SPD und LINKE das Problem erkannt und ihrerseits Anträge zu diesem Thema gestellt, welche am 11. November auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages standen. Meine Rede finden Sie **HIER**.

7.) Viele Optionen zur Weiterentwicklung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG)

Vor einigen Wochen gaben die Übertragungsnetzbetreiber eine Erhöhung der EEG-Umlage auf 3,53 Cent/kWh für das Jahr 2011 bekannt. Den gestiegenen Kosten stehen jedoch äußerst positive volkswirtschaftliche Effekte gegenüber: Die Grüne Bundestagsfraktion hat diese in einem Argumentationspapier und einem Hintergrundpapier zusammengefasst. Beide Dokumente können **HIER** heruntergeladen werden.

Wie alle Jahre begründen viele Versorger Strompreiserhöhungen mit der gestiegenen EEG-Umlage. Ein Schreiben der Bundesnetzagentur belegt aber, dass aufgrund verschiedener preissenkender Faktoren, die Strompreise eigentlich sogar fallen statt steigen müssen. Weitere Infos finden sich **HIER**. Mit der gestiegenen EEG-Umlage hat auch die Debatte über die anstehende Novellierung des EEG begonnen. Während aus den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP Einzelne immer wieder den Fortbestand des EEG als Ganzes

in Frage stellen, kommen aus der Branche der Erneuerbaren Energien konstruktive Vorschläge hierzu. Der Bundesverband WindEnergie hat ein Positionspapier zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes erstellt, welches [HIER](#) heruntergeladen werden kann. Auch die Solarbranche hat ein eigenes Konzept entwickelt, welches [HIER](#) zum Download bereitsteht.

8.) BEE-Kurzstudie: Erneuerbare Energie leisten erheblichen Beitrag zur CO2-Minderung

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) hat eine Kurzstudie veröffentlicht, welche den Beitrag der Erneuerbaren Energien zu den CO2-Minderungszielen der Europäischen Union untersucht. Ergebnis: Die Erneuerbaren leisten schon heute einen wesentlichen Anteil zu den CO2-Reduktionszielen und dieser Anteil wird bis zum Jahr 2020 weiter steigen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Europäische Union die Fördermechanismen beibehält bzw. weiterentwickelt. Angesichts des erfolgreichen Ausbaus der Erneuerbaren Energien und der damit verbundenen CO2-Minderung erscheint das Ziel der EU, 20 Prozent seiner Treibhausgase bis zum Jahr 2020 zu reduzieren, sogar wenig ambitioniert. Die vollständige Kurzstudie des BEE steht [HIER](#) zum Download bereit.

9.) Atomtransporte von Ahaus in das russische Majak

Im Jahr 2005 ließ die sächsische Landesregierung unter großen Protesten in NRW hochradioaktiven Atommüll aus dem ehemaligen DDR-Atomforschungszentrum Rossendorf ins Brennelementzwischenlager Ahaus transportieren. Jetzt soll dieser Müll – wohlmöglich noch im Dezember – nach Russland gebracht werden, – ausgerechnet in die marode Atomanlage Majak im Südrural. Mit alledem hat die Bundesregierung kein Problem und befürwortet die Billigentsorgung des Atommülls in Russland. In zwei Kleinen Anfragen an die Bundesregierung haben wir diese Fahrlässigkeit thematisiert. Die Antworten zum ersten Fragenblock und einen Antrag, den die Grüne Bundesfraktion zum Thema eingebracht gibt es [HIER](#) abrufbar. Die Antworten auf [unsere zweite parlamentarische Initiative](#) in jüngster Zeit zu den Atommülltransporten steht noch aus. Inzwischen ist es uns gelungen, die Bundesregierung zur Herausgabe des fragwürdigen Gutachten zu zwingen, das die Sicherheit der Atommülllagerung in Majak belegen soll. Tatsächlich aber bestätigt das [GUTACHTEN](#) die schlimmen Zustände in Majak, befürwortet am Ende dann aber dennoch die Einlagerung des Mülls dort.

10.) Anti-Atom-Demo in Gorleben

Anfang diesen Monats gingen zehntausende Menschen im Wendland auf die Straße um gegen den Castor-Transport und gegen die Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung zu demonstrieren. Gegen den breiten gesellschaftlichen Protest und gegen den Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung hat die schwarz-gelbe Regierung die Laufzeitverlängerung für die deutschen Atomkraftwerke im Bundestag vor einigen Wochen durchgesetzt. Eine Antwort auf die Frage "Wohin mit all dem Atommüll?" hat sie jedoch nicht. Der Castor-Transport von Frankreich in das Wendland rief nicht zuletzt deswegen so viele Menschen nach Niedersachsen. Die Verzögerungen bei der Ankunft des Castors in Gorleben und die friedlichen Blockaden der Demonstranten machten deutlich, wie groß der Widerstand gegen die rückwärtsgewandte Energiepolitik von CDU/CSU und FDP ist. Eindrücke und ein Videostatement finden sich [HIER](#).

11.) Dena II - Netzstudie

Auf der Grundlage angenommener Strom-Lastflüsse für 2020/2025 hat die Deutsche Energie-Agentur (dena) eine zweite Studie zum Netzausbaubedarf anhand von Szenarien und Varianten berechnet. Demnach müssen in den kommenden Jahren zwischen 1500 und 3500 km Leitung zugebaut werden. Statt immer neuer DENA-Studien, deren Grundlagen sehr umstritten sind, muss es eine langfristige und transparente Netzplanung geben. Die komplette Studie und unsere Bewertung findet sich [HIER](#). Die Grüne Bundestagsfraktion wird zum Thema Netzausbau in Kürze ein Positionspapier vorlegen.

12.) BDK-Energiedebatte: Den Erneuerbaren gehört die Zukunft

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) von Bündnis 90/Die Grünen vom 19. – 21. November stand am ersten Tag das „[Grüne Energiekonzept – 100% Zukunft statt Atom](#)“ im Zentrum der Debatte. Die Grundlage für den Antrag, war das [Grüne Energiekonzept](#), das in der Bundestagsfraktion unter meiner Federführung erarbeitet worden ist. Mit konkreten Maßnahmen im Bereich Strom, Wärme, Verkehr, Energieforschung usw. haben wir deutlich gemacht, dass Deutschland mit Erneuerbaren, mehr Energiesparen und mehr Energieeffizienz für die Anforderungen der kommenden Jahrzehnte fit gemacht werden kann.

13.) „MultiKulti“ Wahlkreisfahrt nach Berlin

Vor knapp vier Wochen besuchten 50 politische interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger im Rahmen einer der drei Wahlkreisfahrten in diesem Jahr das parlamentarische Berlin. Bei dieser Fahrt richtete sich die Einladung insbesondere an Personen, die sich ehren- und/oder hauptamtlich für Integration und ein friedliches Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft engagieren. Die Eindrücke der dreitägigen Fahrt finden Sie [HIER](#).